

ABB will Ausbaupläne für den Oberdorfer Weg stoppen

Wählerversammlung hält Vorhaben nicht für erforderlich und verweist auf Einwände der Anlieger. Verwaltung prüft derzeit alle Anregungen

BORNHEIM-ROISDORF. Die sofortige Einstellung der Straßenausbauplanungen für den Oberdorfer Weg zwischen Berliner Straße und Ehrental in Roisdorf fordern die Aktiven Bürger Bornheim (ABB) in einem Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss.

Nach Auffassung der Wählerversammlung erfüllt der Straßenabschnitt bereits alle vorgeschriebenen Kriterien für eine Straße in dieser Größenordnung, und der Schmutzwasserkanal sei erst 1992 erneuert worden. Ein mit Schildern ausgewiesener Fußweg sei in der erforderlichen Breite und „oh-

ne ernsthafte Belagschäden“ vorhanden. Auch der Straßenbelag sei 2004 im Zuge umfangreicher Erdarbeiten an der dortigen Stützmauer erneuert worden und nicht sanierungsbedürftig, so die ABB. Des Weiteren sorgt sie sich um die Finanzierung und verweist zudem auf Einwände der Anlieger.

Denen hatte die Stadtverwaltung in einer Versammlung Anfang Juni die Pläne zum Straßenausbau in der Roisdorfer Hanglage vorgestellt (der GA berichtete). Im Zuge der Erneuerung des Kanals sowie der Bachverrohrung sollen die Straßen Donnerstein, Ober-

dorfer Weg und Ehrental zwischen Oberdorfer Weg und Einmündung Haus Wittgenstein ausgebaut werden. Das beauftragte Ingenieurbüro verwies auf schadhafte Asphaltdecken, undefinierte Fahrbahnen, zu geringe Bordhöhen und Mängel in der Entwässerung.

Die Anlieger, die sich teils bereits zu Gemeinschaften zusammengeschlossen haben, äußerten sich vor allem zu den Kosten und dem Ausmaß des Ausbaus kritisch. Nach ersten Schätzungen der Verwaltung kämen auf die Anlieger je nach Straßenzug und Ausbauplanung sowie abhängig von

der Geschosshöhe zwischen 21 und 39 Euro pro Quadratmeter Grundstück zu. Bei einem Grundstück von 500 Quadratmetern wären das Kosten von 10 500 bis 19 500 Euro. So wurden bei der Versammlung für den Oberdorfer Weg Forderungen laut, den Ausbau zu beschränken auf ein Maß, dass der tatsächlichen Nutzung näherkomme und beispielsweise keinen durchgehenden Bürgersteig auf beiden Straßenseiten zu planen, sondern nur einen einseitigen Gehweg. Dabei spielt auch eine Rolle, dass Anlieger private Flächen für den Ausbau abgeben müssten.

Laut Bürgermeister Wolfgang Henseler sammelt die Verwaltung derzeit noch die Anregungen zum Thema. Sowohl das Ingenieurbüro als auch die Verwaltung werde diese auswerten und die Ergebnisse voraussichtlich im Oktober dem Stadtentwicklungsausschuss vorstellen. Dass sich Anlieger aufgrund der Höhe der Kosten Gedanken machen, könne er nachvollziehen, er habe auch selbst mit Betroffenen gesprochen, sagt Henseler und fügt hinzu: Beim Thema Straßenausbau könne man immer darüber nachdenken, in welchem Umfang dieser passieren solle. *hes*